

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 05.10.2022 im Ratssaal des
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,**

Sitzungsdauer: 18:05 Uhr bis 20:00 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Eisental, Karin Feist

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Neusatz, Hans-Wilhelm Juchem

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Ortsverwaltung Vimbuch/Personalrat, Manuel Royal

Verwaltung

Erster Beigeordneter Wolfgang, Jokerst

Bürgerservice-Sicherheit-Recht, Martin Bürkle

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, Wolfgang Eller

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht, Corina Bergmaier

Personal-Organisation-Digitalisierung, Daniel Bauer

Bürgerservice-Sicherheit-Recht, Reinhard Renner

Klimaschutzmanager, Martin Andreas

Breitband und Energie, Markus Benkeser

Haushalt und Abgaben, Nicole Dahringer

Forstbetrieb, Martin Damm
Tiefbau/Städtische Verwaltungsstelle, Oberbruch Klaus Dietsche
Revision, Petra Ewert
Hochbau, Inga Graf bis 18:50 Uhr anwesend
Stadtplanung, Ulrike Kiewitt
Bildung-Kultur-Generationen, Lisa Kohler bis 18:50 Uhr anwesend
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marius Merkel

Gäste zu TOP 3
Herr Zürn/ dasch zürn partner
(Objektplanung)
Herr Hannemann und Herr Propp/ Projektsteuerung EDR
Frau Körner, Schulleiterin Windeck-Gymnasium
zu TOP 6
Herr Fabian Anger, Beauftragter des RP Karlsruhe

Zuhörer/innen ca. 50 Personen (insbesondere Lehrkräfte und Schüler/- innen vom Windeck-Gymnasium)

Pressevertreter 1

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
Stadtrat Christian Böckeler
Stadtrat Georg Feuerer
Stadträtin Beate Gässler
Stadträtin Yvonne Zick

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.09.2022 gefassten Beschlüsse
3. Bauvorhaben Energetische Sanierung Windeck-Gymnasium;
Vorentwurfsergebnisse mit Kostenschätzung nach DIN 276
– Sanierungsabschnitt Bauteil 2, Klassenraumtrakt / Ostflügel
4. Grundsatzbeschluss:
Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes für die Stadt Bühl
5. Neubau Haltepunkt Bühl-Bußmatten – Abschluss eines Planungsvertrags
6. Vorstellung der Gehölzpflegemaßnahme zur Förderung des Wiesenpiepers auf dem Hochkopf
7. Bebauungsplan „Unter-Oberkirchweg 2“ in Bühl-Oberbruch;
Erneuter Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Unter-Oberkirchweg 2, 1. Änderung und Ergänzung“ in Bühl-Oberbruch nach § 13a BauGB;
Aufstellungsbeschluss
9. Nachhaltigkeitszuschuss - Förderempfehlungen für den Nachhaltigkeitsfonds
10. Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Jahr 2021
11. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Eine Bürgerin und ein Bürger fragen nach der Fahrbahnumgestaltung am südlichen Stadteingang und hier konkret, wie der Radverkehrsanteil an dieser Stelle bewältigt werden soll, da geplant ist, den vorhandenen Radweg abzuschaffen.

Oberbürgermeister Schnurr antwortet, dass der Plan, wie die Fahrbahn umgestaltet werden soll, bereits durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Man will als Klimastadt noch fahrradgerechter werden. Derzeit ist am südlichen Stadteingang Tempo 50 angeordnet, dies wird reduziert werden auf Tempo 30. Ab dieser Geschwindigkeit ist vorgesehen, den Fahrradverkehr im Verkehrsfluss mitzuführen. Dies bringt für die Radfahrer Sicherheiten mit sich. Ein weiterer Vorteil ist, dass mehr Bäume und somit mehr Grün in den Stadteingang kommt, weg von einer Steinwüste, hin zu einer gestalteten Fläche.

Ein Bürger von der Bürgerinitiative Weitenung, die gegen die geplante Hochspannungstrasse des Netzbetreibers TransnetBW ist, erinnert an einige Punkte im Rahmen dieses Verfahrens und die Klage gegen das Planfeststellungsverfahren. Er fragt nach der Meinung der Stadt Bühl.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass eine Klage der Stadt kein Erfolg bringen würde. Er erinnert an ein Gespräch mit der Bürgerinitiative, in dem aufgezeigt wurde, wo man als Stadt unterstützen kann. Die Klage beim Bundesverwaltungsgericht wird allerdings zurückgezogen, da keinerlei Erfolgsaussichten zu erwarten sind. Wenn ein Planfeststellungsbeschluss vorliegt, sind zunächst kommunale Grundstücke heranzuziehen. Insgesamt fühlt man sich von Seiten der Stadtverwaltung in diesem Verfahren übergangen. Von politischer Seite haben die Landtagsabgeordneten den Staatssekretär Baumann angeschrieben. Es werden alle Möglichkeiten, die da sind, ausgeschöpft, er sagt zu, dass die Bürgerinitiative weiterhin unterstützt wird.

TOP 2: Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.09.2022 gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.09.2022 gefassten Beschlüsse (TOP 3 und 4) bekannt.

TOP 3: Bauvorhaben Energetische Sanierung Windeck-Gymnasium; Vorentwurfsergebnisse mit Kostenschätzung nach DIN 276 – Sanierungsabschnitt Bauteil 2, Klassenraumtrakt / Ostflügel

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Schulleiterin Frau Körner, die anwesenden Personen aus dem Lehrerkollegium und zahlreiche Schülerinnen und Schüler. Ebenso begrüßt er die Projektbegleiter Herrn Hannemann und Herrn Propp (Projektsteuerung EDR) sowie Herrn Architekt Zürn (dasch zürn partner, Objektleitung). Er stellt zu Beginn fest, dass über die Notwendigkeit der Sanierung Einigkeit besteht.

Herr Zürn geht auf die Zielsetzungen und die damit verbundene Kostenschätzung der Sanierung ein.

Oberbürgermeister Schnurr fasst zusammen, dass die reinen Baukosten, also die 21,7 Millionen Euro, als gesichert angesehen werden können, während die 5 % Unvorhergesehenes und die Indexsteigerungen mit einem Fragezeichen zu versehen sind. Hier können noch Änderungen auftreten. Im Hinblick auf die Kosten für die Provisorien gibt es bereits Gespräche

der Verwaltung, um von den Kosten herunterzukommen. Außerdem verweist er auf die anstehenden Haushaltsberatungen, bei denen dann die mittelfristige Finanzplanung auf das Projekt abgestimmt wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass die Sanierung des Windeck-Gymnasiums von der FW-Fraktion jahrelang gefordert wurde. Die Schüler sollen die besten Bedingungen haben und in einer angenehmen Atmosphäre nach den neuesten Konzepten unterrichtet werden. Er erinnert an den Wettbewerb und auch die Kostensteigerungen und den Auftrag zur Überarbeitung des Konzepts. Die Einsparpotentiale in der Aula und bei den Fluchtbalkonen waren so nicht möglich. Zur Sanierung gibt es keine Alternative, trotz der immensen Kosten. Der Haushalt wird über Jahre belastet werden. Er signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Herr Dürk, Bildung - Kultur - Generationen, dass, nach Rücksprache mit der Schule, ein Provisorium für 30 Klassen eingerichtet werden soll. Möglicherweise gibt es hier noch Einsparpotential.

Stadträtin Dr. Wendenburg erklärt, dass die CDU-Fraktion sich darüber einig ist, dass die energetische Sanierung des Windeck-Gymnasiums schon längst hätte erfolgen müssen. Seit 2012 ist das Gymnasium in den Haushaltsberatungen angesprochen worden, ein früherer Baubeginn wäre sicherlich nicht so teuer geworden und man könnte jetzt schon von Energieeinsparungen profitieren. Sie erinnert auch an die Überlegungen, ob ein Neubau oder eine Sanierung des bestehenden Gebäudes umgesetzt wird. Persönlich merkt sie an, dass sie, wenn damals Kosten vorgelegt worden wären, wie sie heute dargelegt werden, sich für einen Neubau eingesetzt hätte. Bildung ist wichtig und teuer, deshalb muss jede Investition langfristig betrachtet werden damit die Schüler für ihre Entwicklung die besten Voraussetzungen finden. Sie erinnert an den Anspruch des Gymnasiums als Klimaschule. Bedauerlich findet sie, dass es trotz Vorgabe des Gemeinderats nicht gelungen ist, wesentliche Einsparungen in der Planung vorzunehmen, ohne das Projekt in Frage zu stellen. Die energetische Sanierung findet die Zustimmung der Fraktion, die Kosten bereiten Kopfschmerzen. Sie teilt abschließend mit, dass die CDU-Fraktion nicht einheitlich zustimmt und es Enthaltungen und Gegenstimmen geben wird.

Für Stadtrat Jäckel ist es an der Zeit, den nächsten Schritt in der Realisierung der energetischen und brandschutztechnischen Sanierung des Windeck-Gymnasiums zu gehen und in die Planungsphase drei einzutreten. Nur in dieser Phase ist eine Kostenschätzung, die realistisch ist, möglich. Das Zeitalter der Nachtspeicheröfen muss der Vergangenheit angehören. Die FDP-Fraktion war nicht für die Sanierung, jedoch wurde sie mehrheitlich beschlossen, die Fraktion trägt die Sanierung einschließlich der Finanzierung mit. Letztendlich hat auch der vorgelegte Entwurf überzeugt. Er äußert die Hoffnung, dass bei der Kostenschätzung genügend Spielraum eingerechnet wurde und der Kostenrahmen nicht überschritten wird. Er begrüßt, dass die Forderung nach einem KfW 55 Standard umgesetzt wurde, ebenso muss der Zeitplan eingehalten werden. Er signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Im Hinblick auf die Container, die für das Provisorium benötigt werden, informiert er, dass die gebrauchten Versionen durchaus hergerichtete Container sind, die kaum von neuen zu unterscheiden sind.

Stadtrat Hirn erinnert daran, dass die Kosten zunächst alle erschreckt haben, jedoch ist man nun an einem Punkt angekommen, bei dem entschieden werden muss und nicht noch weitere Diskussionen zum Einsparen geführt werden können. Die vorgelegten Kostenschätzungen von Herrn Zürn hält er für fundiert. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Stadtrat Seifermann ist froh, dass viele interessierte Zuhörer im Raum sind. Das Gymnasium ist eine für die Stadt sehr wichtige Einrichtung. Die Sanierung ist überfällig und unausweichlich, sie muss jetzt angegangen werden. Die Kosten sind hoch und es müssen auch Kredite aufgenommen werden. Die GAL-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er bittet

die Verwaltung um eine schnelle Umsetzung.

Stadträtin Becker schildert als Nutzerin des Gebäudes einige Vorteile, die die Sanierung mit sich bringt. Sie erwähnt die Erhaltung der großen Räume, die Aula, die als nutzbarer Raum in die Schule integriert wird, und die energetische Sanierung.

Seine Enthaltung begründet Stadtrat Fritz damit, dass er die Sanierung nicht für alternativlos hält. Er ist für die Sanierung, jedoch ist er der Meinung, dass es Alternativen gibt, beispielsweise kann man das Gebäude sanieren ohne die Fassade umzugestalten und so Kosten sparen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an weitere notwendige Investitionen in der Kernstadt und den Stadtteilen, die anstehen und möglicherweise nicht umgesetzt werden können.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer bringt zum Ausdruck, dass er mit dem Beschluss ringen muss und schließt sich Stadtrat Fritz an. Er sieht Änderungsmöglichkeiten, die die Sanierung günstiger machen würden und findet es unglücklich, dass man ein Jahr überprüft hat und keine wesentlichen Kostensenkungen erzielt wurden. Beim Provisorium legt er Wert darauf, dass hier eine deutliche Reduzierung zustande kommt. Er signalisiert seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Stadtrat Seifermann widerspricht der Auffassung, dass die Sanierung andere Investitionen blockiert. Es schadet auch nicht den Ortsteilen, die Sanierung des Gymnasiums dient der ganzen Stadt.

Stadtrat Fritz bekräftigt, dass es ihm nicht um die Sanierung oder einer anderen Investition geht, sondern um beides. Er hat nichts gegen die Sanierung, sieht aber alternative Möglichkeiten in der Umsetzung.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt in diesem Zusammenhang, dass es sich um einen Entscheidungsprozess über Jahre handelt. Letztendlich wurde der Entschluss gefasst eine Sanierung anzugehen. Er fordert dazu auf, Mut zur Zukunft zu haben und die Sanierung jetzt auf den Weg zu bringen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Fritz und Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer an und erklärt, dass sie sich enthalten wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Realisierung des vorgestellten Vorentwurfes des Büros dasch zürn und partner zur energetischen Sanierung des Windeck-Gymnasiums, Sanierungsabschnitt Bauteil 2, und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

TOP 4: Grundsatzbeschluss:

Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes für die Stadt Bühl

Oberbürgermeister Schnurr geht auf einzelne Fördermaßnahmen ein, die für diese Maßnahmen möglich sind. Um die Fördermöglichkeiten der Personalstelle für Klimaneutralität zu erreichen, muss beschlossen werden, dass die Stadt Bühl anstrebt, die Verkehrsflüsse in ihrem Einflussbereich bis 2030 klimaneutral auszurichten. Damit hat man die Voraussetzung, dass die Personalstelle, die auf vier Jahre befristet ist, in den ersten beiden Jahren zu 100 % gefördert wird, während die letzten beiden Jahre aus Eigenmitteln gedeckt werden müssen. Es handelt sich um eine Stelle in TVöD 13. Langfristig muss man sich Gedanken machen, wie die Verwaltung im Hinblick auf Mobilität neu organisiert wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger dankt für die neuen Informationen. Er erinnert an einige, in der Mobilitätsklausur angesprochene Themen. Dort geäußerte Vorschläge sind in der Vorlage aufgeführt. Hier gibt es noch bei einigen Punkten Diskussionsbedarf. Er begrüßt, dass eine Arbeitsgruppe gegründet werden soll und signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion zu allen Punkten des Beschlussvorschlags inklusive der Ergänzung.

Stadträtin Dr. Burget-Behm signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag, auch in Bezug auf die Stellenbesetzung. Es wäre gut wenn die Reduzierung des Verkehrsaufkommens noch höher wäre. Sie bezweifelt, dass Bad Krozingen der richtige Ort für eine Exkursion zu diesem Thema ist und bittet, dies zu überprüfen.

Die Ergänzungen zum Beschlussvorschlag im Hinblick auf die Förderung einer Personalstelle sieht Stadtrat Hirn positiv. Die in der Mobilitätsklausur erarbeiteten Leitthemen finden sich im Beschlussvorschlag wieder, diese müssen jetzt von der Arbeitsgruppe weiter ausgearbeitet werden. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Stadtrat Jäckel stellt fest, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden muss, wenn man die Ergebnisse der Mobilitätsklausur ernst nehmen will. Es sollen klimafreundliche Verkehrskonzepte im Sinne der Bürger gefördert werden, ohne den Individualverkehr, der im ländlichen Raum seine Notwendigkeit hat, zu verurteilen. Hierbei ist es wichtig auch die heimische Wirtschaft mit einzubinden. Er findet es gut, dass die Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden. Im Hinblick auf die Exkursion nach Bad Krozingen erklärt er, dass hier nichts eins zu eins übernommen werden soll, sondern Anregungen für Bühl mitgenommen werden können. Er signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass Bad Krozingen eine der Beispielstädte war und von der Größe her Bühl am ähnlichsten. Hier soll nichts abgeschaut, sondern Anregungen für Bühl mitgenommen werden.

Stadtrat Seifermann stellt fest, dass es heute um einen Grundsatzbeschluss geht. Er legt Wert darauf, dass zeitnah Konzepte erstellt werden um hier weiter zu kommen. Er erinnert an seinen Wunsch einer Fußgängerzone in der Hauptstraße und erläutert diesen kurz. Diese soll von der Eisenbahnstraße bis zu Rheinstraße eingerichtet werden und dann könnten alle Straßen, die Verdrängungsverkehr aufnehmen, zur Einbahnstraße erklärt werden. Die freiwerdende Fahrspur soll dann ein Fahrradweg werden. Ein Vorteil wäre, dass keine großen Umbaumaßnahmen notwendig werden und sich sofort eine Wirkung einstellen würde. Sinnvoll wäre dann Tempo 30. Er bittet darum, dass die Idee von der Verwaltung aufgegriffen und im noch zu gründenden Arbeitskreis diskutiert wird und dass das Büro Brilon Bondzio Weiser entsprechende Berechnungen anstellt. So könnte der Radverkehr gefördert und der Autoverkehr nicht abgewürgt.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer zu, den ergänzten Beschlussvorschlag nochmals zu formulieren.

Auf die Bemerkungen von Stadtrat Seifermann geht Stadtrat Prof. Dr. Ehinger ein und bekräftigt, dass die Durchfahrtquote durch die Stadt zu hoch ist. Er berichtet von Gesprächen mit der BINA, die eine Fußgängerzone ablehnt. Trotzdem sollte der Vorschlag vom Ingenieurbüro untersucht werden.

Entsprechend der Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger und der Idee von Stadtrat Seifermann erläutert Herr Bürkle, Bürgerservice – Sicherheit – Recht, die Möglichkeit eine Fahrspur als Geh- und Radweg gleichzeitig zu nutzen.

Stadtrat Teichmann bezieht sich auf die Anfrage in der Bürgerfragestunde und kann nach-

vollziehen, dass es Bedenken gibt, den Fahrradweg abzuschaffen und bei Tempo 30 den Fahrradverkehr im Verkehrsfluss mitzuführen. Er bittet das nochmals zu überdenken und auch, dass die Radfahrer und Fußgänger den Gehweg zusammen nutzen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes mit den im Sachverhalt dargestellten Inhalten, Abläufen und übergeordneten Zielvorgaben umfassend aller Verkehrsarten und deren Vernetzung untereinander.

1. Die Stadt Bühl strebt an, die Verkehrsflüsse in ihrem Einflussbereich bis 2030 klimaneutral auszurichten.
2. Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe wie im Sachverhalt von der Verwaltung dargestellt.
3. Der Gemeinderat empfiehlt, eine Exkursion nach Bad Krozingen als best-praxis-Beispiel vorzubereiten.
4. Der Gemeinderat empfiehlt eine notwendige Stellenbesetzung unter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 5: Neubau Haltepunkt Bühl-Bußmatten – Abschluss eines Planungsvertrags

Oberbürgermeister Schnurr erinnert an den Auftrag des Gemeinderats mit den umliegenden Firmen zu sprechen. Es liegt die Bereitschaft der Betriebe vor, 50 Prozent der Planungskosten zu übernehmen, 200.000 Euro Planungskosten stehen insgesamt im Raum. Mit dem Planungsergebnis hat man die Sicherheit, dass der Haltepunkt umgesetzt werden kann. Eine Realisierung ist erst nach der Fertigstellung des Rastatter Tunnels, also 2026, möglich.

An einige geplante Bauvorhaben in der kommenden Zeit erinnert Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer und fragt, wie die Realisierung des Haltepunkts finanziell bewerkstelligt werden soll. Ein Abschluss eines Planungsvertrags macht aus seiner Sicht nur Sinn, wenn auch die Finanzierung darstellbar und das Vorhaben umsetzbar ist.

Oberbürgermeister Schnurr entgegnet, dass es eine vertane Chance auch für die nachfolgenden Generationen wäre, den Planungsvertrag nicht abzuschließen. Nach dem Landesverkehrsfinanzierungsgesetz wird auch die Maßnahme zu 50 Prozent gefördert.

Stadtrat Fritz signalisiert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird. Sicherlich ist ein Haltepunkt für die umliegenden Firmen interessant, es stellt sich die Frage der Finanzierung. Hinzu kommt, dass der ÖPNV gut ausgebaut ist, man kommt gut vom Bahnhof Bühl in das Industriegebiet Bußmatten. Die Kosten-Nutzen-Relation ist nicht gegeben. Grundsätzlich geht es um das Thema Mobilität und wie schnell erreicht ein Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz mit dem ÖPNV. Dies kann günstiger und genauso gut gelöst werden, auch ohne Haltepunkt. Wie sich die Firmen bei einer möglichen Realisierung beteiligen und was die Firmen dafür tun, dass ihre Mitarbeiter den Haltepunkt nutzen, ist nicht klar.

Oberbürgermeister Schnurr weist darauf hin, dass es in diesem Zusammenhang für die Firmen auch um das Thema Fachkräftegewinnung geht.

Die FDP-Fraktion begrüßt laut Stadtrat Jäckel die Planungen. Das Vorhaben ist ein Schritt zur aktiven Wirtschaftsförderung. Die Anbindung unterstützt die gerade begonnene Erweite-

nung der Firma Schaeffler und ist ein wichtiger Baustein der Transformation. Hiermit werden nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern auch neue geschaffen. Auch im Hinblick auf die Klimaziele ist dies ein wichtiger Schritt. Er berichtet in diesem Zusammenhang vom Ausbau der Murgtalbahn und dem Interesse der dortigen Kommunen daran. Wenn man es ernst meint mit der Förderung der mittelständischen Wirtschaft, mehr Beschäftigte auf die Schienen bringen und die Klimaziele erreichen möchte, muss dieser Planung zugestimmt werden.

Stadtrat Seifermann erinnert an den vorigen Beschluss, Verkehrsflüsse bis 2030 klimaneutral auszurichten. Um dies wirklich umzusetzen braucht es radikale Maßnahmen. Diese Planung ist eine einmalige Chance. Die Finanzierung ist ein Problem, jedoch liegen Signale der Betriebe vor, die hierdurch Vorteile haben, sich einzubringen. Es wird kein Grundsatzbeschluss über den Bau gefällt, lediglich über die Planung. Heute schon zu entscheiden, dass kein Haltepunkt umgesetzt wird, wäre verfrüht.

Erstaunt über die Wortmeldung der CDU-Fraktion zeigt sich Stadtrat Gretz. Eine Stadt muss immer Planungen in der Schublade haben. Er erinnert an die innovativen Planungen zum Hochwasserentlastungsstollen. Wenn man die Planungen verhindert, vergibt man eine Chance, weil man nicht weiß, was in fünf oder zehn Jahren sein wird, auch nicht im Hinblick auf Zuschüsse und Förderprogramme.

Für Stadtrat Prof. Dr. Ehinger muss der ÖPNV attraktiver werden, so kann der motorisierte Individualverkehr verringert und die Klimaneutralität erreicht werden. Ein zusätzlicher Haltepunkt in Bußmatten kann dazu beitragen. Für die Mitarbeiter der dort ansässigen Firmen ist dies attraktiv. Er verweist auch auf die immensen Kosten und schlägt vor, auf die teure Infrastruktur wie Parkplätze und Ladestationen zu verzichten. Was gebraucht wird sind lediglich Bike-and-Ride Plätze. Er ist dafür, dass die Planung auf den Weg gebracht wird.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt, dass der Haltepunkt besonders für Arbeitnehmer aus dem Landkreis Rastatt und aus Achern attraktiv ist, dies haben die Firmen auch so bestätigt. In diesem Bereich gibt es viele Haltepunkte, die ausschließlich von Straßenbahnen angefahren werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass in den Gesprächen mit den Firmen zunächst erst die Machbarkeitsstudie thematisiert wurde. Bezüglich einer finanziellen Beteiligung an der Umsetzung des Haltepunkts wird dann gesprochen, wenn das Vorhaben konkret wird.

Stadtrat Jäckel erinnert an die Beteiligung der Industrie an der Finanzierung des Industriegleises. Außerdem erwähnt er das neue bundesweite Nahverkehrsticket.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen, ein Gesamtfinanzierungskonzept vorzustellen.

Stadträtin Dr. Wendenburg verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt erst wieder an der Beschlussfassung teil.

Stadtrat Nagel hält das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt und beim Tagesordnungspunkt der Sanierung des Windeck-Gymnasiums für bemerkenswert und rückwärtsgerichtet. Er sieht den Haltepunkt für notwendig an. Die Planung ist unerlässlich und muss durchgezogen werden.

Die großen Bedenken über die Finanzierung des Gymnasiums und der Planung des Haltepunkts legt nochmals Stadtrat Broß dar. Der Planung kann man zustimmen, er sieht den Haltepunkt jedoch nicht als so wichtig an.

Abschließend betont Oberbürgermeister Schnurr die einmalige Chance und die Wichtigkeit, hier eine Planung in petto zu haben. Wenn man sich keine Gedanken über die Zukunft macht, hat man verspielt.

Oberbürgermeister Schnurr lässt über den **Antrag** von Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer, den Tagesordnungspunkt zu vertragen und die Verwaltung zu beauftragen, ein Gesamtfinanzierungskonzept vorzustellen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Planungsvertrags zwischen der DB Station & Service AG und der Stadt Bühl zu.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6: Vorstellung der Gehölzpflegemaßnahme zur Förderung des Wiesenpiepers auf dem Hochkopf

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Fabian Anger. Er berichtet, dass die Förderzusage über 70 % bereits heute eingegangen ist.

Herr Anger geht in seinem Vortrag zunächst allgemein auf den Wiesenpieper ein und erläutert anschließend, weshalb die Pflegemaßnahmen auf dem Hochkopf wichtig sind.

Herr Damm, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, zeigt auf, wie der Schonwald am Hochkopf entstanden ist und was dessen Ziel ist. Abschließend geht er auf die Förderungen der Maßnahme ein, zu die erwarten sind.

Stadtrat Fallert betont, dass die Grindefläche ein wertvolles und erhaltenswertes Gebiet ist. Es muss zwar einiges investiert werden, jedoch gibt es erfreulicherweise auch Förderungen. Zielkonflikte zwischen den verschiedenen Schutzgebietszielen bestehen nicht. Er signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass im Hinblick auf die Windräder über das Winterhalbjahr zunächst Messungen vorgenommen werden, Zielkonflikte kann er sich hier keine vorstellen. Beschlossen ist ohnehin noch nichts. Herr Damm ergänzt, dass eine Schafbeweidung sichergestellt und dieser Maßnahme förderlich ist. Der Wiesenpieper kann ins Ökokonto eingepflegt werden und Ökopunkte erhalten, jedoch nur, wenn die Maßnahme funktioniert hat.

Herr Anger erläutert auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger dass im Nordschwarzwald ein Austausch, auch genetisch, zwischen den Teilpopulationen besteht, vermutlich auch weit darüber hinaus. Ein geringer Anteil der Gelege geht durch Marder oder andere Raubtiere verloren. Der Bruterfolg ist gut, der Rückgang des Wiesenpiepers ist auf das allmähliche Zuwachsen des ehemals völlig offenen Hochkopf-Plateaus zurückzuführen.

Stadtrat Hirn lobt den Vortrag von Herrn Anger. Auf seine Nachfrage erläutert Herr Damm die Vorgehensweise bei den Gehölzpflegemaßnahmen.

Für Stadträtin Dr. Burget-Behm ist es höchste Zeit um den Wiesenpieper zu erhalten. Sie signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Es ist lobenswert die Biodiversität zu erhalten.

Daran sollen alle arbeiten.

Stadtrat Wäldele findet es gut, den Vogel zu schützen. Damit hilft man aber auch vielen anderen, die auf die Grindeflächen angewiesen sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die geplante Gehölzpflegemaßnahme zur Kenntnis. Die Verwaltung wird, nachdem die vollumfängliche Förderzusage des Landratsamts Rastatt bzw. des Regierungspräsidiums Karlsruhe eingegangen ist, beauftragt und ermächtigt die Maßnahme umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

**TOP 7: Bebauungsplan „Unter-Oberkirchweg 2“ in Bühl-Oberbruch;
Erneuter Satzungsbeschluss**

Oberbürgermeister Schnurr erinnert an die Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Stadtrat van Daalen verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen und die weiteren Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung nicht teil.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für den reduzierten Geltungsbereich den Bebauungsplan „Unter-Oberkirchweg 2“ in Bühl-Oberbruch mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung einschließlich dem Umweltbericht vom 10. November 2010, geändert 9. September 2022, erneut als zusammengefasste Satzung und beschließt, ihn rückwirkend gemäß § 214 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 74 Abs. 1 LBO zum 25. Februar 2011 in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (21 Ja-Stimmen)

**TOP 8: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Unter-Oberkirchweg 2, 1. Änderung und Ergänzung“ in Bühl-Oberbruch nach § 13a BauGB;
Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan der Innenentwicklung „Unter-Oberkirchweg 2, 1. Änderung und Ergänzung“ in Bühl-Oberbruch nach § 13a BauGB gemäß dem Abgrenzungsplan vom 9. September 2022 und beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung des Bebauungsplanentwurfes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (21 Ja-Stimmen)

TOP 9: Nachhaltigkeitszuschuss - Förderempfehlungen für den Nachhaltigkeitsfonds

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Projekte mit einem Nachhaltigkeitszuschuss der Stadt Bühl wie folgt zu fördern:

1. hämpresent – Tinyhaus aus mittelbadensischen Hanf	35%, 12.608,71 €
2. Informations- und Kommunikationspavillon im Bienenschaugarten	50 %, 6.710,00 €

3. Grüne Info-Oase für das Bühler Wasserbett	20 %, 5.920,00 €
4. Klimaschutz-Werkstatt an Bühler Schulen	80 %, 15.000,00 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (21 Ja-Stimmen)

TOP 10: Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Jahr 2021

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben für das Jahr 2021:

1. THH 1 – Zentrale Steuerung	
Miete CRM-System	26.8
2. THH 5 – Tageseinrichtungen für Kinder	
Beschaffung von SARS-CoV-2 Laien Antigen Schnelltests	233.8
3. THH 5 – Tageseinrichtungen für Kinder	
Kostensteigerung Erweiterungsbau Kinderhaus Sonnenschein	51.5
4. THH 7 – Straßenreinigung / Winterdienst	
Aufwand für Straßenreinigung	23.0
5. THH 7 – Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche	
Anlagen - Umlage Zweckverband Hochwasserschutz Raum Baden-Baden/Bühl68.	
6. THH 8 – Forstwirtschaft	
Beschaffung Forstkombi	28.2
7. THH 8 – Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	
Kapitalerhöhung Schlachthof	74.7
8. THH 9 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	
Mehraufwand Gewerbesteuerumlage	86.1

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (21 Ja-Stimmen)

TOP 11: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Absage Technischer Ausschuss

Der Technische Ausschuss am 13.10.2022 fällt aus.

Verlegung Verwaltungsausschuss

Die Haushaltsberatungen am 22., 23. und 24. November 2022 im Verwaltungsausschuss werden in den Januar 2024 verschoben, da der Haushalt erst in der letzten Gemeinderatsitzung dieses Jahres eingebracht wird.

Bürger-Infoveranstaltung zum Energiesparen

Am 19.10.2022 findet im Bürgerhaus Neuer Markt um 18.30 Uhr die Bürger-Infoveranstaltung zum Energiesparen statt.

Breitband

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Jäckel berichtet Herr Benkeser, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, dass der Bericht zum Thema Breitband im Januar 2023 dem Gemeinderat vorgelegt werden soll.

Bahnhof in Bühl

Stadträtin Dr. Burget-Behm moniert die Zustände auf dem Bahnhofsgelände, insbesondere den Dreck und den Schmutz und fragt, wer hier zuständig ist und wer Abhilfe schaffen kann. Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass die Stadt auf dem Bahngelände nicht tätig werden kann. Es steht jedoch noch der Antrittsbesuch des neuen Bahnbevollmächtigten aus. Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, mit dem Bevollmächtigten Kontakt aufzunehmen und das Thema anzusprechen.

Kurzzeitparkplätze am Bahnhof

Stadtrat Jäckel erinnert an einen Beschluss im Technischen Ausschuss, dass die Parkplätze rechts vom Terminal am Bahnhof in Kurzzeitparkplätze umgewandelt werden, für Leute, die zum Bahnhof gebracht oder von dort abgeholt werden. Er bittet darum, dies zu prüfen und die Maßnahme kurzfristig umzusetzen.

Oberbürgermeister Schnurr sagt eine Überprüfung zu.

Situation von Bedürftigen

Stadträtin Becker fragt an, ob es möglich ist, in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen einen Bericht der Stadtverwaltung zu erhalten, wie die Lage der Bedürftigen in Bühl ist, wie man sie perspektivisch über die nächsten Monate sieht und was man tun kann um die Situation zu stützen.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr:

Der Schriftführer:

Reinhard Renner